

„EU mit UK reformieren“ - Podiumsdiskussion in der IHK, 9. November 2015

Zu diesem Thema hatten die Europa-Union München, die Europäische Akademie Bayern sowie die IHK für München und Oberbayern zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Es diskutierten Peter Wilding, Director British Influence, Paul Heardman, Britischer Generalkonsul, Günther Petrasch, Government Affairs Siemens AG und Andreas Klugescheid, Government Affairs BMW Group. Moderator war Gerhard Losher, Leiter der Redaktion Europa des Bayerischen Fernsehens.

Nach einem Grußwort von Frank Dollendorf, Bereichsleiter für Außenwirtschaft der IHK für München und Oberbayern, skizzierten Wilding und Heardman die bisher bekannten Bedingungen Camerons („4 Körbe“) für einen EU-Verbleib seines Landes. Der Premierminister wolle sich für eine fortgesetzte Mitgliedschaft seines Landes in der EU einsetzen, jedoch sei für ihn „der Status Quo keine Option“. Vielmehr müsste sich die Wettbewerbsfähigkeit der EU verbessern, Regulierungen sollten verringert und optimiert werden. Der Binnenmarkt müsse weiter gestärkt und dürfe durch Regulierungen der Eurozone nicht beeinträchtigt werden. UK wolle die Arbeitnehmerfreizügigkeit so regeln, dass der Sozialstaat nicht ausgenutzt würde. Das Land strebe keine immer engere Integration der Europäischen Union an; und die Rolle der nationalen Parlamente in der EU-Rechtssetzung solle gestärkt werden.

Alle Teilnehmer der Runde waren sich einig, dass derzeit niemand beurteilen könne, inwieweit sich die EU auf diese Forderungen einlassen würde; dies hänge u.a. ab von den Details. Ein Austritt aus der EU würde jedoch nicht nur die EU, sondern auch Großbritannien schwächen.

Bei einem „Brexit“ zögen sich ihre Firmen nicht aus dem wichtigen UK-Markt zurück, so die Einschätzung der Industrievertreter auf dem Podium, die zukünftigen Investitionsentscheidungen würden aber beeinflusst werden. Einen „Plan B“ gebe es nicht. UK könne sich dann in der Situation Norwegens oder der Schweiz wiederfinden: Man müsse Regeln befolgen, ohne diese beeinflussen zu können. Konkrete Auswirkungen eines möglichen „Brexit“ hingen aber ab von der detaillierten Gestaltung.

Wesentliche Gründe für die Brexit-Diskussion liegen laut Wilding in der britischen Innenpolitik. Jahrzehntlang sei der Presse erlaubt worden, die Bevölkerung zu täuschen. In den Mitgliedstaaten (wie auch auf EU-Ebene) habe es außerdem einen Mangel an Visionen und Führung gegeben. Die schlecht geführten politischen Debatten und falsche oder irreführende Berichterstattungen in Großbritannien vermittelten das Bild von Inkompetenz auf europäischer Ebene. Sie gaben darüber hinaus vielen Briten das Gefühl, keinerlei Einfluss zu haben in der EU – was nicht stimmt.

Aus dem sich rege beteiligenden Publikum kam die Frage, was wir z.B. in Deutschland tun könnten, um die Briten in der EU zu halten. Wilding glaubt, dies sei nicht einfach, da der britische Außenminister keine Unterstützung seiner Kollegen wünsche. So habe man z.B. das Angebot von David McAllister, MdEP, sich in der britischen Öffentlichkeit für den Verbleib Großbritanniens in der EU einzusetzen, abgelehnt. Die Regierung halte Argumentationshilfen seitens der anderen EU-Länder für kontraproduktiv. Dabei deuteten neue Umfragen auf das Gegenteil. „The British public want to be love-bombed“ stellte Peter Wilding fest. Die „in-or-out“-Diskussion würde nicht durch Details entschieden. Deshalb werde Cameron mit seinen „4 baskets“ scheitern. Man müsse vielmehr der Bevölkerung eine Vision bieten, warum Großbritannien nur zusammen mit seinen Partnern in der EU eine weltpolitische Rolle spielen kann. Außerdem müsse man ihr aufzeigen, dass UK (großen) Einfluss in der EU habe.

Heardman ist wie sein Premierminister der Ansicht, dass ein Austritt schlecht wäre für Großbritannien. Es gebe aber derzeit viele gute Kontakte auf Ministerebene in Europa und er sei zuversichtlich, dass Einigkeit über die angestrebten Reformen erzielt werden könne.

Am Ende der Diskussion bemerkte Brinkmann (EUM) dass der Aspekt einer möglichen Reformierung der EU mittels der von UK angestoßenen Reformdiskussion etwas kurz gekommen sei. Viele der Vorschläge der britischen Regierung würden von anderen Mitgliedstaaten unterstützt. Dies sollte zu konstruktiven Reformen unterhalb der Ebene von Vertragsänderungen, die bis 2017 ohnehin nicht möglich sind, führen.